

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### Eisenhowers Wohlfahrtsstaat

In der Fülle außenpolitischer Ereignisse hat die Kongreßbotschaft *Eisenhowers* vom 8. Januar 1954 in der europäischen Öffentlichkeit nicht die Aufmerksamkeit gefunden, die sie verdient. Aufmerken soll wirklich sagen, daß die Grundsätze des republikanischen Präsidenten in einem erstaunlichen Widerspruch zum sozialpolitischen Programm des republikanischen Kandidaten stehen und daher aufhorchen machen. Programme und Realitäten stimmen auch in Amerika nicht überein, und so bedeutet die Kundgebung des Präsidenten nicht mehr und nicht weniger als eine entschiedene Abkehr von den Forderungen, die die Republikaner in zwanzigjähriger Opposition an die regierende Partei der Demokraten gestellt hatten.

Herabsetzung und Bekämpfung des New Deal und des Fair Deal sind mit einem Schwamm von den Prangertafeln der früheren Minderheitspartei fortgewischt. Kaum zur Macht gekommen, bekennt sich Eisenhower zur Pflicht der Bundesregierung, durch staatliche Maßnahmen die Depression zu verhindern oder zurückzudämmen, landwirtschaftliche Preise zu kontrollieren, den Spielraum sozialer Sicherheit für Arbeiter und Angestellte, Rentner und Kranke zu erweitern, die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern billig und gerecht zu ordnen. So entschließt sich *Norman Thomas*, der sechsmal als Kandidat der sozialistischen Bewegung um die Präsidentschaft kämpfte, in einer aufsehenerregenden Studie über Amerikas Wohlfahrtsstaat und Amerikas politische Parteien, erschienen in *Commentary* (4), die Kongreßbotschaft Eisenhowers als ein verständiges Programm des Wohlfahrtsstaates zu bezeichnen, auch wenn die Praxis der Regierung durch Rücksicht auf den McCarthyismus, auf Profitbegehren und die Verwaltung nicht auf der Höhe ihrer theoretischen Erklärung stehen wird.

Eisenhower und seine Partei haben durch Regierungserfahrung gelernt, daß die Äußerung des früheren Präsidenten der Columbia-Universität, Eisenhower, vom Januar 1952, soziale Sicherheit werde am besten in einem Bundesgefängnis verbürgt, nicht der Wirklichkeit entspricht. Eisenhower galt als erklärter Gegner des sogenannten Wohlfahrtsstaates. Seine Entwicklung entspricht der seiner Parteifreunde in verantwortlichen Stellungen. Der letzte wirklich liberale Präsident der Laissez-faire-Politik war *Grover Cleveland*, der 1887 eine Bill zur Verteilung kostenloser Aussaat an geschädigte Farmer durch sein Veto verhinderte. Schon sein Nachfolger *McKinley* gehörte nicht mehr dieser überholten Schule des uneingeschränkten freien Wettbewerbs an.

Die ökonomische Entwicklung hat den Liberalismus alten Stils auch in den Vereinigten Staaten eingeschränkt; wo immer mit den Methoden von Keynes die Wirtschaft manipuliert wird, bleibt der Kapitalismus ideologisch bestehen, ob er aber die Ansprüche des Profits befriedigen kann, ist zweifelhaft. So entwickelt sich auch in Amerika durch die staatliche Überwachung von Preisen, den Bau von Wohnstätten, die Bekämpfung der Depression eine kapitalistisch-soziale Mischwirtschaft, in der nicht mehr die staatlichen Interventionen, sondern ihre Formen diskutiert werden. Hinter dieser Tatsache bleiben beide Parteien programmatisch, aber nicht praktisch zurück. Jede hat ihre Methoden, Forderungen, Ablehnungen — sie betreffen aber immer nur die einzelnen Maßnahmen, nicht aber das System der Staatsintervention an sich.

Gerade deshalb untersucht Norman Thomas die Schwäche des Sozialismus in Amerika. Eine Reihe von Programmpunkten haben die anderen Parteien realisiert, ohne zu sagen, was an ihnen sozialistisch ist. Das Wort ist zudem in den USA durch Hitler und Stalin gründlich kompromittiert. Gewiß wurde der Sozialismus in Amerika auch durch seine richtungslose Außenpolitik betroffen; entscheidend war aber die Innenpolitik — die, meiner Ansicht nach, von der Außenpolitik gar nicht zu trennen ist. Der amerikanische Sozialismus war ebensowenig wie der kontinentaleuropäische frei von Mystik, Romantik, Messianismus. Seine gefühlsmäßigen Kräfte nährten Illusionen. Thomas fordert die europäische Integration, ist aber weit entfernt davon, Europa als ein Kapitel einer viel umfangreicheren Konzeption zu verstehen, die auch die Integration *Pan-Amerikas* verlangt. Früher oder später wird Asien nicht mehr den Vereinigten Staaten als Expansionsgebiet zur Verfügung stehen, daher wird sich die Vernachlässigung Lateinamerikas durch Angloamerika rächen.

*N. P. Macdonald* hat in *The Fortnightly* (1047) die südamerikanischen Beschwerden gegen die Politik des großen Nachbarn weniger mit seiner Einnischung als mit seiner Abstinenz begründet. Südamerika hungert nach Kapital; seine ungeheuere demographische Entwicklung, über die im Zeitschriften-Spiegel der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* (4) bereits berichtet wurde, verlangt gebieterisch einen Umbau der Wirtschaftsstruktur. Amerika wünscht dagegen Südamerika als Rohstofflieferanten einseitig zu entwickeln, um seine Länder nicht als Kunden der Konsum- und Schwerindustrie zu verlieren. Die Außenpolitik der USA verlangt eine Steigerung der Rohstoffproduktion und eine Verlangsamung der Industrieproduktion. Diese Politik setzt sich über die Wohlfahrt der Völker Südamerikas hinweg, daher die faschistischen Imitationen, die durch Verstaatlichungen in Argentinien, Ecuador, Chile, Paraguay der Industrie die Mittel geben wollen, die ihnen der nord-

amerikanische Kapitalismus verweigert. Die von *Peron* gegründete südamerikanische Gewerkschaft (ATLAS) mit 18 Millionen Mitgliedern steht in einem ausgesprochenen Gegensatz zum US-Kapitalismus. Die Kapitalexporte Nordamerikas gingen von 1945 bis 1952 mit 38 Milliarden Dollar in die anderen Länder, mit mir 800 Millionen Dollar nach Südamerika, dessen Konsumkraft dem nordamerikanischen Export nicht gewachsen ist. Hier scheinen mir als Anhänger der Fünfimperienpolitik des Blochschen Sozialismus die Schwächen des amerikanischen Sozialismus zu liegen, der nur mit einem neuen Programm sich in den Mechanismus des Zweiparteiensystems einschalten könnte.

### „Sowjet“- Statistik

Anlässlich des russischen Gesuches, dem Internationalen Arbeitsamt beizutreten, untersuchte *Bertram D. Wolfe*, in *The News Leader*, die Methoden der „Sowjet“-Statistik. Die Aufnahme setzt die Bereitschaft voraus, alle Auskünfte zu liefern, die ein Urteil über die Beziehungen zwischen ökonomischem und sozialem Leben ermöglichen. Die russische Regierung hat diese Bedingungen angenommen. Wird das eine Revolution in der russischen Statistik bedeuten? Noch immer ist alles, was, in absoluten Zahlen ausgedrückt, Licht in das bolschewistische und „volksdemokratische“ Dunkel bringen könnte, Staatsgeheimnis.

Wolfe zählt auf, was wir alles nicht wissen: die Einwohnerzahl, die Prozentsätze von Geburten, Todesfällen, Kindersterblichkeit; die Zahl von Spitalbetten, Eheschließungen, Kranken, Arbeitsunfähigen, Blinden, Gefangenen usw. Die Statistik verschweigt die Beziehung von Lohn und Lebenskosten, den Reallohn, Standard und Lebensminimum einer mittleren Familie, das Verhältnis von Industrie- und Landwirtschaftspreisen, das Einkommen des Kolchosenproletariats, die Kaufkraft des Bauern für die Manufakturartikel, die er benötigt, und schlechthin alles andere. Die veröffentlichten Prozentsätze lassen nur in gewissen Fällen Umrechnungen zu; absolute Angaben, die nach dem Tode Stalins gegeben wurden, beschränken sich auf wenige Posten.

Die Unterdrückung der Statistik begann 1928. Führende Statistiker wurden ausgerottet. 1930 waren bereits alle maßgebenden Zeitschriften der Statistik eingestellt. Die Fünfjahrespläne wurden immer schweigsamer. Der erste umfaßte 1747 Druckseiten, der zweite 1262, der dritte 238, der vierte sechs, der fünfte dreieinhalb Seiten.

Verbreitung von statistischen Angaben durch Statistiker wird mit 8 bis 12 Jahren Gefängnis bestraft. Als Staatsgeheimnis gelten Angaben über Industrie, Landwirtschaft, Handel, Verkehrsmittel, Gold- und Devisenreserven, Zahlungsbilanzen, Kaufkraft des Rubels, Import-

und Exportpläne und vieles andere, was in der freien Welt in jeder Zeitung steht. Und zur Ergänzung dieses Systems gehört die Verdunkelung der Statistik in den nichtbolschewistischen Ländern. Der schlichte „Sowjetbürger besitzt keine Möglichkeit, in sie Einblick zu nehmen.

Man hat die Statistik eine Kunst der Lüge genannt; offenbar reicht sie in Rußland nicht aus. Daher bedient man sich des Schweigens als eines Superlativs der Irreführung.

### Probleme der Information

Die Informationen durch die Statistik, die Presse, das Radio erschöpfen nicht im entferntesten die Probleme der Information in der heutigen Welt. Neue Informationsmittel wie die Radargeräte entstanden, weil die menschlichen Organe nicht imstande sind, Informationen zu empfangen oder zu geben (zwei wertmäßig verschiedene Dinge), die der Mensch in der heutigen technischen Welt benötigt und beschaffen kann. Dies schreibend, schlage ich in *Knaurs Lexikon*, das ebenso billig wie zuverlässig ist, „*Radar*“ nach und erfahre, daß das Wort aus den Initialbuchstaben von *Radio detecting and ranging* (Radiowellen entdeckend und ordnend) entstanden ist. Radarmessung ist also eines der neuen Informationsmittel. Bei seiner Entstehung bildete sich eine neue Theorie der Information aus, die sogenannte *Kybernetik*, über die *Pierre de Latil* im *Larousse Mensuel* (472) einen lexikalischen Beitrag veröffentlicht, der im *Larousse Mensuel* (477) von *Albert Ducrocq*, einem führenden Forscher auf diesem Gebiet, durch eine lexikalische Studie über die Theorie der Information ergänzt wird.

Die Kybernetik, die neue Wissenschaft der Informationssteuerung, wurde von dem Mathematiker *Norbert Wiener* geschaffen. Ihr Ziel ist die Erforschung und Grundlegung einer neuen Zusammenarbeit unserer physiologischen Informationskräfte (Sprache, Fühlen, Denken, Vernehmen, Sehen, Hören usw.) mit technischen Mitteln. Es gibt Informationskräfte des Organismus, die der Medizin als Selbstregulierung, zum Beispiel im Bluthaushalt, bekannt sind. Ebenso gibt es die Übertragung der Selbstkontrolle auf viele technische Apparaturen, die sich mechanisch abstellen. Alles das ist Information, die mit dem, was wir bisher als Information in Form von Rede, Schrift, Buch, Bild bezeichneten, nur das Ziel: Mitteilungen zu befördern, gemein hat.

Wie jede Wissenschaft benötigt auch die Kybernetik und die Informationstheorie Maßeinheiten. Als solche Einheit hat sich der *hartley* durchgesetzt. 1 hartley ist die einfachste Mitteilungsform, zum Beispiel ein Ja, ein Nein. Wird es bedingt, erläutert, ergänzt, so entstehen 2 hartleys. 1 hartley stellt das Minimum auf jedem Informationsgebiet dar. Das Wachstum an hartleys wird in Potenzierungen ausgedrückt; bei der großen Zahl von hartleys, die zum Bei-

spiel aus der Eindruckssummierung aller Augen- und Ohrenzellen entsteht, bedeutet hartley bloß den Exponenten. Die französische Sprache besitzt einen Wortschatz von 65 000 Wörtern, was dem Wert von 2 hoch 16 ( $2^{16}$ ) entspricht, das heißt, sie ist 16 hartleys wert. Der Bauer verfügt über 10 hartleys, der sprachgewandte Schriftsteller über 14 hartleys usw. Auf Bildern der Television erscheinen heute nur 3 bis 4 Millionen hartleys, während das gute Auge 500 Millionen wahrnimmt. Etwas Neues ist im Werden, der Mensch ergänzt seine Organe durch das Werk seines Geistes, das Geistige wird technisiert, mit allen Folgen, die wir eher ahnen als aussprechen können, denn die Seele ist hartleyreicher als das Bewußtsein.

Ein neues amerikanisches Informationsmittel ist die *Demoskopie*, das heißt die Volkserkundung. Ihr Initiator ist *George Gallup*, der in seinem 1935 gegründeten American Institute of Public Opinion auf den Grundlagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung die öffentliche Meinung erforschte, acht Tochterinstitute in Westeuropa gründete und eine interessante, ausbaufähige Methode schuf, die die *Marktforschung* durch die Meinungsforschung ergänzt.

Ober ihre Methoden berichtet *Wolf gang Stiebeler* im *Monat* (68) in einem instruktiven Artikel, der lesenswert ist, schon weil die drei deutschen Institute durch eine recht genaue Voraussage der Bundestagswahlen von 1953 die Schlappe der amerikanischen Gallupinstitute bei der Wiederwahl Trumans 1948 wettgemacht haben. Der Erfolg der Befragung hängt von der richtigen Fragestellung, der richtigen Auswahl der Befragten und der Fragenden ab. Die Fragestellung muß Suggestivfragen und Ausweichmöglichkeiten vermeiden. Die geschlossene Fragestellung bekommt die Antworten: „Ja, Nein, Ich weiß nicht.“ Sie ist also, um die oben zitierte Maßeinheit zu verwenden, 1 hartley wert. Die Meinungsfrage: Sind Sie der Meinung, daß . . . , auch offene Frage genannt, läßt zu viele Interpretationsmöglichkeiten offen. Je mehr Möglichkeiten bei der Antwort zu berücksichtigen sind (das heißt: je hartleywertiger sie sein soll), um so ungenauer die Resultate. Auch die sogenannte Speisekartenfrage, die dem Befragten erlaubt, Alternativen zu berücksichtigen, beeinflußt die Verwendbarkeit der Resultate, ist aber, je nach dem, was man erfahren will, unvermeidlich.

Ernstere Meinungsforschung wird in Deutschland vom *Institut für Sozialforschung* an der Frankfurter Universität unter Leitung von *Horckheimer* und *Adorno* betrieben. Es werden *affektbeladene* Fragen gestellt, auf die man nicht eine direkte, bekenkende Antwort erwarten kann. Die Erforschung findet in Arbeitsgemeinschaften statt, die 10 bis 15 Personen umfassen. Bisher wurden, wie Wolfgang Stiebeler berichtet, 1800 Personen in 136 Sitzungen befragt. Die Themen sind „schwierig“, zum Bei-

spiel: Verhältnis zum Ausland, den Besatzungsmächten, zum Nazismus, zur Rassenlehre, zum Antisemitismus. Die Versuchspersonen sollen erst ganz frei reagieren; im zweiten Teil des Abends stellt der Diskussionsleiter *Reizfragen*, die zur Präzisierung der geäußerten Meinungen, aber auch zur Auflockerung der Diskussion führen. Sehr bald stellt sich heraus, daß die Befragten zuerst nur Oberflächenmeinungen von sich geben, das, »was man heute so sagt“, dann aber unter dem Stachel der Reizfragen, ihre wahre Meinung hervorkehren. Aus Musterdemokraten werden Anhänger der Diktatur, aus Leuten, die die Ermordung der Juden verdammen, erklärte Antisemiten, die andere Tötungsmethoden für geeigneter gehalten hätten usw. Man ersieht daraus, daß die Gallupforschung nur Oberflächenmeinungen erforscht, daher auch Ergebnisse der Meinung durch Methoden der Wahrscheinlichkeitsrechnung bei richtiger Befragung kurz vor einer Wahl voraussagen kann. Interessant wäre es, diese Methode auf die *Schweiz* auszudehnen, da hier die Plebiszite wiederholt bewiesen haben, daß die Parolen der Parteien vom Parteivolk nicht beachtet werden. Es gibt beim Souverän zwei verschiedene Meinungsformen: Ist die Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen groß, dann setzen sich die Parteiparolen durch; ist sie, wie bei den meisten Abstimmungsvorlagen über Kredite, Kommunalprobleme, verfassungsändernde Gesetze gering, so gehen nur die zur Wahl, die sich für den Wahlgegenstand interessieren. Diese inneren Meinungsströmungen sind noch unerforscht und bieten der Demoskopie interessante Aufgaben.

#### „Sudetendeutsche Reaktion“

Wenn ich im Juniheft mit dem Kapitel „Sudetendeutsche Reaktion“ die Absicht verbunden hätte, eine affektbeladene Reizfrage an sudetendeutsche Exilpolitiker nach dem Vorbild des ebenerwähnten Frankfurter Instituts zu stellen, so hätten die *Zuschriften* von *Wenzel Jaksch* und *Othmar Viererbl* kein ergiebigeres Diskussionsmaterial zur Aufdeckung politischer Residuen liefern können. Um die Auseinandersetzung fruchtbar zu machen, will ich mich auf den Komplex ungeklärter außenpolitischer Probleme beschränken, der da plötzlich hervorgebrochen ist. Ich lasse daher alle objektiv weniger wichtigen Dinge beiseite und begnüge mich mit zwei Punkten, die den Opponenten offenbar mehr als mir im Augenblick bedeuten. So stelle ich nur kurz richtig, daß mir die Absurdität fernlag, die sudetendeutsche Arbeiterbewegung „totzuschweigen“. Selbst alter Prager, seit 1919 von Berlin aus Mitarbeiter an den Parteiblättern in Prag und Karlsbad, nach der Rückkehr 1934 in meine Vaterstadt publizistisch sehr rege und mit manchen Parteileuten freundschaftlich verbunden, glaube ich, ihrem letzten aussichtslosen Versuch, sich der einbrechenden Barbarei zu erwehren, nach eigenem

Vermögen beigestanden zu haben. Aber weder die deutschen noch die tschechischen Sozialdemokraten und Demokraten wollten mir glauben, daß die Sache verloren war, weil *England* Hitler zum Herrn Mitteleuropas eingesetzt hatte. Von irgendeiner sudetendeutschen oder deutschen *Alleinschuld* kann keine Rede sein; was an Schuld da ist, ist groß genug.

Was die *Kollektivschuld* betrifft, so lassen wir sie lieber beiseite. So kurz geht das nicht ab. Sie ist weder ein numerisches Problem, wie Jaksch glaubt, noch ist Kollektivschuld Alleinschuld. Sofern, nach biblischer Lehre, Schuld überpersönlich ist, in Raum und Zeit über den Täter hinausreicht, existiert sie: sittlich, aber nicht juristisch. Kein Volk ist von ihr ausgenommen; jedes trägt seine eigene. Genügt das?

Aber kommen wir zur Hauptsache, dem erschreckenden Rückfall in die großdeutsche, machtpolitische Ideologie Mitteleuropas. Meine verschiedenen Artikel, in der Schweiz und an dieser Stelle, sind die Reaktion eines Pragers europäischer Gesinnung auf eine Häufung von Zeitschriftenbeiträgen und politischen Kundgebungen, die nur einem Leser ohne politischen Augenmaß als Duplizität oder Multiplizität der Torheit erscheinen können. Ich hätte die Beiträge in *Außenpolitik* (von Lodgman, Rohan, Kühn) achselzuckend beiseite gelegt, wenn nicht Äußerungen deutscher Minister, die auch in Wien Anstoß erregten, den mitteleuropäischen Kannegiebereien einen hochpolitischen Akzent gegeben hätten. Erst rühmte *Oberländer* den Geist von München, den nicht nur ich verbrecherisch nenne; man empfindet ihn heute noch so weit in der Welt. Und nun brachte Minister *Seebohm* (ich zitiere die Neue Zürcher Zeitung vom 9. Juni) in die Sudetentagung „einen schrillen Mißklang“, indem er, man höre nur, „eine Wiedervereinigung des Sudetenlandes mit Deutschland befürwortete . . . Nach der Ansicht Seebohms sollen „Böhmen, Mähren und Schlesien auf immer verbunden sein mit dem Reich“, . . . Also zurück zu Hitler 1939. Wenn Jaksch und Viererbl gegen diese Tollheit nicht laut opponiert haben, ist ihr Recht, mich zu bekämpfen, kompromittiert.

In der gleichen Periode machte auch ein gefährlicher Dilettant wie *Papen* in Madrid den Vorschlag eines „neutralisierten Mitteleuropas“ (NZZ 13. 9. 53). Nun hatte Papen 1937 die britische Parole der Europaspaltung propagiert,

Deutschland zum Haupt eines mitteleuropäischen „Commonwealth“ zu machen und es unter das Schwert einer deutschen Monroedoktrin zu stellen (also zu neutralisieren). Auf den Commonwealth-Trick von 1937 beruft sich mit einem gewissen Stolz auch *Rohan* in dem hier von mir zitierten Beitrag in *Außenpolitik*.

Viererbl wendet sich ausführlicher, Jaksch kürzer, aber noch entschiedener gegen meine Bekämpfung *jeder* Mitteleuropa-Konzeption. Wer ihren Ursprung kennt, kann ihre groß- und alldeutsche Zielsetzung nicht verkennen. Naumanns Mitteleuropa ist, wie das von *List*, *Lagarde*, *Constantin Frantz*, ein Wirtschaftsreich deutscher Nation unter Ausschluß Frankreichs. Naumann hat den Terminus seit 1905 in den *Sozialistischen Monatsheften* finden können, die, um sich von dem jetzt nationalistisch und militaristisch kompromittierten Wort zu distanzieren, den Ausdruck „Vereinigter Europäischer Kontinent“ einführen und schon 1916 gegen die Verengung der sozialistischen Europaidee durch die Mitteleuropäer polemisierten. Denn dieses Vereinigte Europa, das auch heute noch, in der Doktrin, vom Armelkanal bis zur Curzonlinie reicht (von einer „Preisgabe“ ist wahrlich keine Rede) kann nur aus der von den Monatsheften 1918 vorgeschlagenen deutsch-französischen Erz-Kohle-Union ökonomisch hervorgehen. Das ist der revolutionäre Strich durch die Vergangenheit, das Zurück hinter den Teilungsvertrag von Verdun. Das heißt, wie ich schrieb, daß „nur Deutschland und Frankreich Europa bilden können“. Bilden heißt: schaffen, gestalten, nicht aber, daß sie allein Europa sind. Daß das Werden Europas durch den Widerstand gegen Europa, der stets, auch heute, von England begünstigt wird, furchtbar erschwert, verlangsamt wird — ist das nicht die Hauptschuld der „Mittel“europäer?

Daher ist jeder Versuch, das Verbrechen von München zu rechtfertigen, schwer von Unheil. Zufällig steht ja im gleichen Heft, das die Zeitschriften gegen mich brachte, meine Charakterisierung von München als eines britischen Willensaktes (S. 378, linke Spalte oben). Aber schließlich wurde er von einer deutschen Regierung begangen, und er wird heute wieder, sogar von Sozialisten, beschönigt! Genügt es nicht, wie zweimal schon die deutsche Mitteleuropapolitik 1918 und 1945 endigte?

*Felix Stössinger*